

# Internationales Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von

Christian Tietje

Bearbeitet von

Horst-Peter Götting	Sabine Schlemmer-Schulte
Urs Peter Gruber	Rolf Sethe
Jörn Lüdemann	Juliane Thieme
Karsten Nowrot	Christian Tietje
Karsten Otte	Florian Wagner-von Papp
August Reinisch	Friedl Weiss



RECHT

De Gruyter Recht · Berlin

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Autoren- und Inhaltsübersicht . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX

## § 1

### **Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts**

A. Einleitung . . . . .	2
B. Die Begriffe „Internationales Wirtschaftssystem“ und „Internationales Wirtschaftsrecht“ . . . . .	3
I. Das internationale Wirtschaftssystem . . . . .	3
II. Internationales Wirtschaftsrecht . . . . .	5
1. Begriff und Gegenstand des Wirtschaftsrechts . . . . .	5
2. Internationales Wirtschaftsrecht als Rechtsordnung . . . . .	9
a) Internationales Wirtschaftsrecht als funktional verstandenes Recht der internationalen Wirtschaft . . . . .	9
b) Die materielle Grundausrichtung des Internationalen Wirtschaftsrechts . . . . .	13
C. Die historische Entwicklung des Internationalen Wirtschaftsrechts . . . . .	17
D. Die heutige tatsächliche Dimension der internationalen Wirtschaft . . . . .	27
E. Prinzipien des Internationalen Wirtschaftsrechts . . . . .	29
I. Rechtsprinzipien mit subjektiv-rechtlicher Dimension im Internationalen Wirtschaftsrecht . . . . .	30
II. Rechtsprinzipien mit objektiv-rechtlicher Dimension im Internationalen Wirtschaftsrecht . . . . .	33
1. Die Beachtung der Rule of Law in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und das Prinzip der Good Governance . . . . .	33
2. Das Prinzip der Offenheit der Märkte . . . . .	35
3. Das Nichtdiskriminierungsprinzip . . . . .	38
4. Das Prinzip relativer staatlicher Regelungsfreiheit . . . . .	40
a) Souveränität und Regelungsfreiheit . . . . .	41
b) Jurisdiktionshoheit . . . . .	45
5. Das Kooperations- und Solidaritätsprinzip . . . . .	52
6. Das Prinzip der Bewahrung und gerechten Verteilung von globalen öffentlichen Gütern . . . . .	57

## § 2

### **Steuerungssubjekte und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration)**

A. Vielfalt an Steuerungssubjekten und -mechanismen als Kennzeichen des Internationalen Wirtschaftsrechts . . . . .	61
---	----

B. Die Steuerungssubjekte im Internationalen Wirtschaftsrecht	68
I. Staaten	68
II. Nationale Verwaltungseinheiten	70
III. Internationale und supranationale Organisationen	72
IV. Private und intermediäre Wirtschaftsinstitutionen	74
V. Private Wirtschaftssubjekte	77
VI. Non-Governmental Organizations	79
VII. Netzwerke	81
VIII. Internationale gerichtliche und gerichtsähnliche Institutionen	84
C. Die Steuerungsmechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht	85
I. Völkerrechtliche Steuerungsmechanismen	85
1. Völkerrechtliche Verträge	86
2. Völkergewohnheitsrecht	90
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze	92
4. Rechtssetzung durch internationale und supranationale Organisationen	94
II. Innerstaatliche Steuerungsmechanismen	98
III. „State Contracts“	99
IV. Weitere normativ erhebliche Steuerungsmechanismen	102
1. Soft Law	102
2. Steuerungsmechanismen intermediärer und privater Akteure	107
a) Die so genannte „lex mercatoria“	108
b) Ausarbeitung internationaler Standards	109
c) Kooperative Steuerungsmechanismen	111
d) Selbstregulierungsmechanismen einzelner nichtstaatlicher Akteure	113
3. Entscheidungen internationaler gerichtlicher und gerichtsähnlicher Institutionen	114
D. Regionale Wirtschaftsintegration	116
I. Begriff und Zwecksetzung	116
II. Formen regionaler Wirtschaftsintegration	118
1. Präferenzielles Handelsabkommen	118
2. Freihandelszone	119
3. Zollunion	121
4. Gemeinsamer Markt	122
5. Wirtschaftsunion	123
6. Typencharakter der Formen regionaler Wirtschaftsintegration	123
III. Bedeutung und Auswirkungen regionaler Wirtschaftsintegration	124
1. Gegenwärtiger Stand der regionalen Wirtschaftsintegration	125
2. Konsequenzen für die multilateralen Ordnungsstrukturen im internationalen Wirtschaftssystem	127
IV. Regionale Wirtschaftsintegration und WTO-Rechtsordnung	129
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen regionaler Wirtschaftsintegration	130
a) Warenhandel: Art XXIV GATT	130
b) Dienstleistungshandel: Art V und Vbis GATS	133
c) Entwicklungsländer: Enabling Clause und Art V:3 GATS	137
d) Notifizierungs- und Berichtserfordernisse	138
2. Regionale Wirtschaftsintegration in der Praxis der WTO	140
a) Überprüfung in Ausschüssen der WTO	140
b) Bedeutung des WTO-Streitbeilegungsverfahrens	142

## § 3

**WTO und Recht des Weltwarenhandels**

A. Einleitung . . . . .	147
B. Die historische Entwicklung der WTO-Rechtsordnung . . . . .	148
C. Die Ordnungsfunktion des WTO-Rechts . . . . .	150
I. Ökonomische Grundlagen . . . . .	150
II. Die Bedeutung des Rechts in den internationalen Handelsbeziehungen . . . . .	152
D. Die WTO als internationale Organisation . . . . .	155
I. Aufgaben und Kompetenzen . . . . .	155
II. Mitgliedschaft . . . . .	156
III. Institutionelle Struktur . . . . .	157
IV. Willensbildung und Entscheidungsstrukturen . . . . .	159
V. Die WTO in der Netzwerkstruktur des Weltwirtschaftssystems . . . . .	161
E. Die multilateralen Übereinkommen zum Warenhandel . . . . .	163
I. Einleitung . . . . .	163
II. GATT 1994 . . . . .	164
1. Ursprung und rechtliche Bestandteile . . . . .	164
2. Die Regelungsprinzipien des GATT 1994 . . . . .	165
3. Einzelne Rechtsregeln des Prinzips der Offenheit der Märkte . . . . .	166
a) WTO/GATT-Zollrecht einschließlich Zollwertbestimmung, Vorver-	
sandkontrollen und Ursprungsregeln . . . . .	166
b) Verbot nichttarifärer Handelshemmnisse (Art XI:1 GATT) einschließ-	
lich Einfuhrlicenzverfahren . . . . .	169
c) Transparenz, due process, einheitliche Verwaltungspraxis und Rechts-	
schutz (Art X GATT) . . . . .	171
4. Einzelne Rechtsregeln des Nichtdiskriminierungsprinzips . . . . .	172
a) Meistbegünstigungsklausel . . . . .	172
b) Gebot der Inländergleichbehandlung . . . . .	175
c) Weitere Nichtdiskriminierungsregeln . . . . .	177
5. Einzelne Rechtsregeln des Prinzips staatlicher Regelungsfreiheit . . . . .	178
a) Schutzmaßnahmen gem Art XIX GATT . . . . .	179
b) Allgemeine Ausnahmen (Art XX GATT) . . . . .	180
6. Ausprägungen des Solidaritätsprinzips – Special and Differential Treat-	
ment von Entwicklungsländern . . . . .	183
III. Übereinkommen über Landwirtschaft . . . . .	184
IV. Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflan-	
zenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Übereinkommen) . . . . .	187
V. Übereinkommen über technische Handelshemmnisse (TBT-Übereinkom-	
men) . . . . .	191
1. Einleitung . . . . .	191
2. Anwendungsbereich . . . . .	192
3. Rechte und Pflichten im Hinblick auf technische Vorschriften . . . . .	194
4. Rechte und Pflichten im Hinblick auf technische Normen . . . . .	196
5. Rechte und Pflichten im Hinblick auf Konformitätsbewertungsverfah-	
ren . . . . .	197
6. Sonstige Regelungen und Ausblick . . . . .	197
VI. Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMs-	
Übereinkommen) . . . . .	198

VII. Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 (Antidumping-Übereinkommen) . . . . .	200
1. Einleitung . . . . .	200
2. Materiellrechtliche Voraussetzungen für Antidumpingmaßnahmen . . . . .	202
3. Prozedurale Verpflichtungen . . . . .	203
4. Rechtsfolgen und Rechtsschutz . . . . .	204
5. Streitbeilegung . . . . .	205
6. Ausblick . . . . .	206
VIII. Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen . . . . .	206
1. Einleitung . . . . .	206
2. Subventionsbegriff . . . . .	207
3. Verbotene, anfechtbare und nichtanfechtbare Subventionen . . . . .	209
a) Verbotene Subventionen . . . . .	209
b) Anfechtbare Subventionen . . . . .	210
c) Nichtanfechtbare Subventionen . . . . .	211
4. Gegenmaßnahmen . . . . .	212
a) Unilaterale Ausgleichsmaßnahmen (Track I) . . . . .	212
b) Multilaterale Streitbeilegung (Track II) . . . . .	212
5. Ausblick . . . . .	214

## § 4

### Internationaler Dienstleistungshandel

A. Einleitung . . . . .	216
B. Unterschied zwischen Gütern und Dienstleistungen . . . . .	217
C. Das GATS . . . . .	218
I. Struktur und Reichweite . . . . .	218
II. Allgemeine Pflichten und Disziplinen . . . . .	221
1. Meistbegünstigungspflicht („Most-Favoured-Nation“-Treatment) . . . . .	221
2. Transparenz . . . . .	224
3. Anerkennung . . . . .	225
4. Monopole und Dienstleistungserbringer mit ausschließlichen Rechten . . . . .	226
III. Spezifische Verpflichtungen . . . . .	226
1. Marktzugang . . . . .	227
2. Inländerbehandlung („National Treatment“) . . . . .	228
3. Zusätzliche Verpflichtungen . . . . .	228
4. Weitere Bestimmungen . . . . .	229
IV. Bestimmungen für Entwicklungsländer . . . . .	230
D. Spezielle Dienstleistungssektoren . . . . .	231
I. Finanzdienstleistungen . . . . .	231
1. Anhang mit den Ausnahmen zu Art II GATS und die Anlage zu Finanzdienstleistungen . . . . .	232
2. Vereinbarung über Verpflichtungen bezüglich Finanzdienstleistungen . . . . .	233
II. Telekommunikation . . . . .	233
1. Anhang zum GATS über Fernmeldewesen und GATT-Bestimmungen . . . . .	234
2. 4. Protokoll zum GATS . . . . .	234
III. Luftverkehrsdienstleistungen . . . . .	235
IV. Erziehungswesen . . . . .	235
V. Personenfreizügigkeit . . . . .	236

E. Streitbeilegung im GATS	237
F. Das GATS und andere Handelsdisziplinen	238
G. Zukunft des GATS	241

## § 5

### Internationales öffentliches Beschaffungswesen

A. Einleitung	244
I. Begriffsumschreibung	244
II. Historische Entwicklung des öffentlichen Beschaffungswesens	245
B. Internationale Regelungen des öffentlichen Beschaffungswesens	248
I. Überblick über bestehende Regime	249
1. IBRD	249
2. OECD	249
3. Europäische Union	250
4. UNCITRAL	252
5. MERCOSUR	253
6. NAFTA	254
II. Bestimmungen des GATT und GATS	254
III. Das WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen	255
1. Einleitung	255
2. Die Grundprinzipien des GPA	256
3. Die Voraussetzungen der Anwendbarkeit des GPA	256
a) Sachlicher Anwendungsbereich	256
b) Persönlicher Anwendungsbereich	257
4. Art und Natur der Verpflichtungen	258
a) Materiell-rechtliche Verpflichtungen	258
b) Verfahrensrechtliche Verpflichtungen	259
C. Öffentliches Beschaffungswesen und Entwicklungsländer	260
D. Probleme der Anwendung internationaler Normen auf das öffentliche Beschaffungswesen	262
E. Weiterentwicklung des GPA	263
F. Ausblick	265

## § 6

### Internationale Rohstoffmärkte

A. Einleitende Bemerkung	268
B. Der Rohstoffbegriff	268
C. Entwicklung der internationalen Rohstoffpolitik	269
I. Die Entwicklung von Rohstoffabkommen vor Abschluss der Havanna-Charta 1948	269
II. Rechtsvorschriften des GATT über internationale Rohstoffabkommen	271
III. Entwicklungen im Bereich der UNCTAD	273
D. Überblick über bestehende Regelungen der Rohstoffmärkte	275
I. Rohstoffabkommen und ihre Organisationen	275
1. Rohstoffabkommen	275
2. Produzentenvereinigungen	276
a) Allgemeines	276

## Inhaltsverzeichnis

b) Organization of the Petroleum Exporting Countries (OPEC) . . . . .	277
3. Kooperative Organisationen . . . . .	279
a) Allgemeines . . . . .	279
b) International Coffee Organization (ICO) . . . . .	279
II. Bilaterale völkerrechtliche Verträge . . . . .	290
E. Rechtsbeziehungen zwischen Rohstofforganisationen, Staaten und Privaten unter internationalen Rohstoffabkommen . . . . .	282
I. Interne Streitbeilegung, Streitigkeiten zwischen Staaten . . . . .	282
II. Streitigkeiten zwischen Organisationen oder Staaten und Privaten . . . . .	283
III. Internationale Streitbeilegung durch den Ständigen Schiedshof oder das ICSID . . . . .	284
F. Zukunftsperspektiven der Rohstoffmärkte . . . . .	284

## § 7

### Internationales Transportrecht

A. Einleitung . . . . .	289
B. Straßentransport . . . . .	290
I. Ordnungsrecht . . . . .	290
1. Marktzugang durch bilaterale Genehmigungen auf der Basis zwischenstaatlicher Verwaltungsabkommen . . . . .	290
2. CEMT – Genehmigung . . . . .	292
3. Gemeinschaftslicenz . . . . .	293
4. Kabotage . . . . .	295
5. Abrechnung . . . . .	296
6. Sicherung der Marktordnung durch das BAG . . . . .	296
7. Weitere Dokumente und Papiere . . . . .	296
8. Berufszugang – Neue EU-Fahrerlizenz . . . . .	297
II. Zivilrecht . . . . .	298
1. Der Frachtvertrag nach CMR . . . . .	298
a) Geplante Regelungslücken . . . . .	299
b) Der Frachtbrief . . . . .	300
c) Leistungsstörungen . . . . .	301
d) Erlöschen der Ansprüche aus dem Beförderungsvertrag . . . . .	302
2. Haftung . . . . .	302
3. Unterschiede zum HGB . . . . .	307
a) Umladeverbot . . . . .	307
b) Lieferfristenregelung . . . . .	307
c) Nachträgliche Verfügungen . . . . .	307
d) Beförderung- und Ablieferungshindernisse . . . . .	308
e) Haftung . . . . .	308
C. Eisenbahntransport . . . . .	308
I. Marktzugang . . . . .	308
II. Zivilrecht . . . . .	309
1. COTIF . . . . .	309
2. Anhänge . . . . .	313
3. Zukunft der OTIF . . . . .	315
D. Lufttransport . . . . .	317
I. Ordnungsrecht – Die Organisation des Welt-Luftverkehrs . . . . .	317
1. Internationaler Luftverkehr . . . . .	317

2. International Air Transport Association – IATA	319
II. Luftfrachtrecht	320
1. Der internationale Luftfrachtvertrag	320
2. Das Warschauer Abkommen 1929	321
3. Warschauer Abkommen/Haager Protokoll 1955	322
4. Montrealer Protokolle 1–4	323
5. Intercarrier-Vereinbarung on Passenger Liability	324
6. Verordnung (EG) Nr 2027/97 des Rates vom 9.10.1997 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen	324
7. Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften für die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Montrealer Übereinkommen 1999)	325
8. IATA – Beförderungsbedingungen	327
9. Innerdeutsche Flüge – LuftVG	328
E. Seetransport	328
I. Seevölkerrecht	328
1. Grundsatz	328
2. Flaggenrecht und Registerrecht	329
II. Internationales Seeverwaltungsrecht	329
1. Grundsatz	329
2. Internationaler Schiffssicherheitsvertrag von 1974 (ISSV, SOLAS)	329
III. Internationales Seeprivatrecht (eingearbeitetes Einheitsrecht)	330
1. Seefrachtrecht	330
a) CMI-Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente	330
b) (Haag-)Visby-Regeln 1968	333
c) Hamburg-Regeln 1978	333
d) Internationale Lieferklauseln – INCOTERMS	334
2. Sonstige Übereinkommen	335
a) CMI-Übereinkommen über Bergung und Hilfeleistung in Seenot	335
b) CMI-Übereinkommen vom 23.9.1910 über den Zusammenstoß von Schiffen	335
c) CMI-Übereinkommen vom 10.5.1952 zur Vereinheitlichung von Regeln über den Arrest in Seeschiffe	335
d) CMI-Übereinkommen über Schiffsgläubigerrechte und Schiffshypotheken von 1967	335
e) Londoner IMCO-Übereinkommen vom 19.11.1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (HBÜ)	336
f) Athener IMCO-Übereinkommen vom 13.12.1974 über die Beförderungen von Reisenden und ihrem Gepäck auf See	336
3. Geschäftsbedingungen und Empfehlungen	336
4. Europarecht	337
5. Kartellrecht	337
F. Binnenschiffstransport	337
I. Revidierte Rheinschiffahrtsakte von 1868 („Mannheimer Akte“)	337
II. Belgrader Donaukonvention von 1948	338
III. Moselvertrag von 1956	338
IV. Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen	338

V. Straßburger Übereinkommen von 1988 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt (CLNI) . . . . .	338
VI. Donau-Abkommen von 1989 (Bratislava-Abkommen) . . . . .	339
VII. CMNI . . . . .	339
G. Multimodaler Transport . . . . .	342

## § 8

### Internationales Investitionsschutzrecht

A. Wirtschaftlicher und politischer Hintergrund . . . . .	347
B. Rechtsquellen . . . . .	348
I. Verträge . . . . .	348
II. Völkergewohnheitsrecht . . . . .	350
III. Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	351
IV. Soft Law . . . . .	351
V. Nationales Recht . . . . .	352
VI. Investitionsvereinbarungen zwischen Investoren und Staaten . . . . .	353
C. Hauptsächliche Problembereiche für Auslandsinvestitionen . . . . .	354
I. Investitionsbegriff . . . . .	354
II. Die Zulassung von und Zugangsschranken für Auslandsinvestitionen (entry and establishment) . . . . .	355
III. Standards für die Behandlung von Auslandsinvestitionen (treatment obliga- tions) . . . . .	356
1. Inländergleichbehandlung (national treatment) und Meistbegünstigung (most-favoured nation treatment) . . . . .	356
2. Internationaler Mindeststandard (international minimum standard) . . . . .	358
3. Gerechte und billige Behandlung (fair and equitable treatment) . . . . .	359
4. Voller und dauerhafter Schutz und Sicherheit (full protection and security) . . . . .	362
IV. Enteignungsschutz . . . . .	363
1. Enteignung (expropriation) . . . . .	363
2. Entschädigung (compensation/damages) . . . . .	364
3. Indirekte Enteignungen . . . . .	367
4. Regulative Enteignungen . . . . .	370
V. Kapital- und Zahlungstransfers . . . . .	371
VI. Mantelverpflichtungen (umbrella clauses) . . . . .	372
VII. Investitionsversicherungen . . . . .	373

## § 9

### Internationales Währungs- und Finanzrecht

A. Einleitung . . . . .	377
B. Das internationale Währungssystem . . . . .	378
I. Vorläufer des Bretton Woods Systems . . . . .	378
1. Münzverträge vs Devisenbewirtschaftung . . . . .	378
2. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) . . . . .	379
II. Das Bretton Woods System . . . . .	382
1. Bretton Woods Konferenz: Keynes vs White . . . . .	382
2. Der Internationale Währungsfonds . . . . .	384

a) Gründung . . . . .	384
b) Mitglieder . . . . .	385
c) Geschäftsbeginn: Realität vs Erwartungen der Gründer der Organisation . . . . .	385
d) Aufgaben . . . . .	386
e) Privilegien . . . . .	387
f) Organstruktur . . . . .	387
g) Mittelaufkommen . . . . .	389
h) Internationales Währungsregime . . . . .	391
i) Die Evolution des IWF: Von der reinen Währungsinstitution zur Entwicklungshilfeinstitution . . . . .	394
j) Finanzierungsinstrumente . . . . .	397
k) Kontroverse um IWF Kreditvergabe . . . . .	398
l) Bedeutung der IWF Finanzierungen in der globalen Wirtschaft . . . . .	398
m) Moderner accountability Mechanismus . . . . .	399
C. Exkurs: Europäisches Währungssystem . . . . .	399
D. Internationale Finanzen . . . . .	403
I. Globale Finanzinstitutionen . . . . .	403
1. Der IWF . . . . .	403
2. Die Weltbank . . . . .	404
a) Gründung . . . . .	404
b) Mitglieder . . . . .	404
c) Geschäftsbeginn: Realität vs Erwartungen der Gründer . . . . .	404
d) Aufgaben . . . . .	405
e) Privilegien . . . . .	406
f) Organstruktur . . . . .	406
g) Mittelaufkommen . . . . .	408
h) Die Evolution der Weltbankentwicklungshilfe: Schwerpunktverlagerungen . . . . .	409
i) Finanzierungsinstrumente . . . . .	410
j) Kontroverse um Weltbankentwicklungshilfe . . . . .	412
k) Das Weltbank Inspection Panel: Ein Prototyp moderner accountability Mechanismen . . . . .	413
3. Die Weltbankgruppe: Vier weitere Institutionen . . . . .	414
a) Die internationale Finanzcorporation (IFC) . . . . .	414
b) Die International Development Association (IDA) . . . . .	415
c) Das International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) . . . . .	416
d) Die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) . . . . .	417
4. Weitere globale (Entwicklungshilfe- und) Finanzinstitutionen . . . . .	418
a) Das United Nations Development Programme (UNDP) . . . . .	418
b) Die United Nations Development Group (UNDG) . . . . .	418
c) Der International Fund for Agricultural Development (IFAD) . . . . .	419
II. Regionale und quasi-regionale Finanzinstitutionen . . . . .	419
III. Bilaterale Entwicklungshilfe . . . . .	422
1. Bilaterale Entwicklungshilfe ieS . . . . .	422
a) Das Development Assistance Committee der OECD (OECD-DAC) . . . . .	422
b) Agenturen ohne OECD-DAC Verbindung . . . . .	425
2. Bilaterale Entwicklungshilfeagenturen iwS – Exportkreditagenturen (ECAs) . . . . .	425

IV. Internationales Finanzaufsichtsrecht im Werden . . . . .	426
E. Ungelöste Probleme . . . . .	427
I. Akute Finanzkrisen in Entwicklungsländern . . . . .	428
II. Chronische Staatsverschuldung und Zahlungsunfähigkeit der Entwicklungs- länder . . . . .	429
F. Schlussbetrachtung . . . . .	430

## § 10

### Internationales Kommunikationsrecht

A. Grundlagen . . . . .	434
I. Die Märkte . . . . .	434
II. Thematische Eingrenzung . . . . .	434
III. Charakteristika und Herausforderungen des internationalen Kommunika- tionsrechts . . . . .	435
1. Kooperation und Koordination . . . . .	435
2. Das Erbe der Staatsbetriebe . . . . .	436
3. Netzwirtschaften . . . . .	437
B. Internationales Telekommunikationsrecht . . . . .	437
I. Vorgaben der Internationalen Telekommunikations-Union (ITU) . . . . .	437
1. Entwicklung und rechtliche Grundlagen . . . . .	437
2. Struktur und Aufgaben . . . . .	438
3. Accounting Rates . . . . .	439
4. Herausforderungen und Perspektiven . . . . .	440
II. Sonstige Foren der Kooperation und Koordination . . . . .	441
1. Die Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommu- nikation . . . . .	441
2. Internationale Satellitenorganisationen . . . . .	442
3. ICANN . . . . .	443
III. Telekommunikationsdienstleistungen in der WTO-Rechtsordnung . . . . .	445
1. Entwicklung . . . . .	445
2. Die GATS-Anlage zur Telekommunikation . . . . .	446
3. Das 4. Protokoll zum GATS . . . . .	447
4. Das Referenzpapier . . . . .	447
a) Zielsetzung und Inhalt . . . . .	448
b) Leistungsfähigkeit . . . . .	449
5. Der Streitfall USA gegen Mexiko (Telmex) . . . . .	449
IV. Der Handel mit Telekommunikationsausrüstung . . . . .	451
C. Internationales Postrecht . . . . .	451
I. Weltpostverein und Weltpostrecht . . . . .	451
1. Entwicklung und rechtliche Grundlagen . . . . .	451
2. Materiellrechtliche Vorgaben des Weltpostvertrages . . . . .	452
II. Die Liberalisierung der internationalen Postmärkte . . . . .	453

## § 11

### Internationales Wettbewerbsrecht

A. Überblick . . . . .	456
B. Unilaterale extraterritoriale Kartellrechtsanwendung . . . . .	458

I. Überblick	458
II. Die Durchsetzung des Auswirkungsprinzips	459
1. USA	459
2. Deutschland	461
3. Nichtanerkennung durch das Vereinigte Königreich	465
4. Europäische Union	468
a) Anwendungsbereich des Art 81 EG	468
b) Anwendungsbereich des Art 82 EG	471
c) Anwendungsbereich der Fusionskontrolle	473
5. Zusammenfassung und Diskussion	474
III. Qualifikationen und Einschränkungen des Auswirkungsprinzips	475
1. Mindestintensität der Inlandsauswirkung: Spürbarkeit/Wesentlichkeit	476
2. Unmittelbarkeit	478
3. Objektive Vorhersehbarkeit	479
4. Interessenabwägung	479
5. Staatliche Veranlassung von Wettbewerbsbeschränkungen	483
6. Beschränkung des Regelungsgegenstandes auf Inlandsauswirkungen	485
IV. Privilegierungen von Wettbewerbsbeschränkungen im Export	488
V. Beschränkung des Geltungsbereichs hoheitlicher Akte	492
C. Bilaterale Abkommen	494
I. Abkommen D-US 1976, EG-US 1991/1995 und 1998	494
II. Rechtshilfeabkommen (MLATs/AMAAs)	496
D. Multi- und plurilaterale Ebene	499
I. Überblick	499
II. Bisherige multilaterale Ansätze: Havanna-Charta, OECD, UNCTAD, WTO, ICN	499
III. Reformvorschläge	502
1. Extrempositionen	502
2. Draft International Antitrust Code (DIAC)	505
3. Weltkartellrecht (Basedow)	506
4. Kompetenzabgrenzung im Mehrebenensystem (Kerber/Budzinski)	507
5. Wettbewerb als globales öffentliches Gut (Drexl)	508
IV. Stellungnahme	508
1. Defizite des bestehenden Systems	509
2. Lösungsansätze	511

## § 12

### Internationaler Schutz des geistigen Eigentums

A. Einleitung	517
B. Überblick über den gewerblichen Rechtsschutz und das Urheberrecht	518
I. Gewerblicher Rechtsschutz	518
1. Patentrecht	518
2. Gebrauchsmusterrecht	519
3. Halbleiterschutz	519
4. Sortenschutzrecht	519
5. Geschmacksmusterrecht	520
6. Kennzeichenrecht	520
II. Urheberrecht	521

C. Die Rechtsnatur der gewerblichen Schutzrechte und des Urheberrechts . . . . .	521
I. Immaterialität . . . . .	521
II. Ubiquität . . . . .	522
III. Erschöpfung . . . . .	522
IV. Territorialität . . . . .	522
D. Europäisches Recht . . . . .	523
I. Überblick . . . . .	523
II. Europäisches Patentrecht . . . . .	523
III. Europäisches Sortenschutzrecht . . . . .	524
IV. Europäisches Markenrecht . . . . .	524
1. Materielles Markenrecht . . . . .	524
2. Verfahrensrecht . . . . .	525
a) Anmelde- und Eintragungsverfahren . . . . .	525
b) Rechtsmittel . . . . .	525
c) Die Gemeinschaftsmarkengerichte . . . . .	526
V. Das Europäische Geschmacksmusterrecht . . . . .	526
1. Materielles Recht . . . . .	526
2. Verfahrensrecht . . . . .	528
a) Anmelde- und Eintragungsverfahren . . . . .	528
b) Rechtsmittel . . . . .	528
c) Gemeinschaftsgeschmacksmustergerichte . . . . .	528
IV. Urheberrecht . . . . .	529
1. Computerprogrammrichtlinie . . . . .	529
2. Vermiet- und Verleihrichtlinie . . . . .	530
3. Kabel- und Satellitenrichtlinie . . . . .	530
4. Schutzdauerrichtlinie . . . . .	531
5. Datenbankrichtlinie . . . . .	531
6. Richtlinie zur Informationsgesellschaft . . . . .	531
7. Richtlinie über das Folgerecht . . . . .	532
E. Internationales Recht . . . . .	532
I. Grundlagen . . . . .	532
II. Gewerblicher Rechtsschutz . . . . .	532
1. Die Pariser Verbandsübereinkunft . . . . .	532
2. Gegenstand des Schutzes . . . . .	533
3. Grundsätze . . . . .	533
4. Unionspriorität . . . . .	534
5. Mindestrechte . . . . .	534
6. Verhältnis zum TRIPS-Übereinkommen . . . . .	534
III. Urheberrecht . . . . .	534
1. Revidierte Berner Übereinkunft . . . . .	535
2. Schutzgegenstand . . . . .	535
3. Anwendungsbereich . . . . .	535
4. Grundsätze . . . . .	536
5. Mindestrechte . . . . .	536
6. Verhältnis zum TRIPS-Übereinkommen . . . . .	536
7. Das Welturheberrechtsabkommen . . . . .	537
8. Das Rom-Abkommen . . . . .	537
9. Weitere Abkommen . . . . .	537
10. Die WIPO-Verträge . . . . .	537

IV. Nebenabkommen . . . . .	538
1. Patentzusammenarbeitsvertrag . . . . .	538
2. Haager Musterabkommen . . . . .	539
3. Madrider Markenabkommen . . . . .	539
4. Madrider Herkunftsabkommen und Lissabonner Ursprungsabkommen . .	540
V. Das TRIPS-Übereinkommen . . . . .	540
1. Allgemeine Grundsätze . . . . .	540
a) Überblick . . . . .	540
b) Ziele . . . . .	540
c) Einschränkungen . . . . .	541
d) Anwendungsbereich . . . . .	541
e) Inkorporation von PVÜ und RBÜ . . . . .	541
f) Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung . . . . .	542
g) Erschöpfung . . . . .	543
h) Rechtsdurchsetzung . . . . .	543
i) Unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	544
2. Materielle Regelungen zum Schutzstandard . . . . .	545
a) Urheberrecht und verwandte Schutzrechte . . . . .	545
b) Marken . . . . .	547
c) Geografische Herkunftsangaben . . . . .	550
d) Gewerbliche Muster und Modelle . . . . .	551
e) Patente . . . . .	553
f) Layout-Designs (Topografien) integrierter Schaltkreise . . . . .	555
g) Schutz nicht offenbarer Informationen . . . . .	556
h) Kontrolle wettbewerbswidriger Praktiken in vertraglichen Lizenzen .	556
3. Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums . . . . .	557
a) Allgemeine Pflichten . . . . .	557
b) Zivil- und Verwaltungsverfahren und Rechtsbeihilfe . . . . .	558
c) Einstweilige Maßnahmen . . . . .	558
d) Besondere Erfordernisse bei Grenzmaßnahmen . . . . .	560
4. Streitbeilegung . . . . .	560
5. Institutionelle Regelungen . . . . .	561
6. Weiterentwicklung durch die Doha-Runde . . . . .	561

## § 13

### Internationales Bank- und Finanzdienstleistungsrecht

A. Einleitung . . . . .	565
I. Die Entwicklung der Finanzmärkte und Finanzdienstleistungen . . . . .	565
II. Globalisierung vs nationale Aufsicht über Kredit- und Finanzdienstleis- tungsinstitute . . . . .	567
B. Völkerrechtliche Regelungen der Finanzdienstleistungen . . . . .	569
I. Die Regelungen des General Agreement on Trade in Services (GATS) be- treffend Finanzdienstleistungen . . . . .	569
1. Ziele des GATS . . . . .	569
2. Regelungsstruktur in Bezug auf Finanzdienstleistungen . . . . .	569
II. Weitere relevante völkerrechtliche Verträge . . . . .	572
C. Das deutsche internationale Aufsichtsrecht über Finanzintermediäre und Finanz- dienstleistungen . . . . .	574

I. Die Vorgaben des GATS – Arten der Erbringung von Finanzdienstleistungen	574
1. Die kommerzielle Präsenz (Art I Abs 2 lit c GATS)	574
2. Die Präsenz natürlicher Personen (Art I Abs 2 lit d GATS)	575
3. Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung (Art I Abs 2 lit a GATS)	576
4. Nutzung im Ausland (Art I Abs 2 lit b GATS)	577
5. Umfang der Liberalisierung	577
II. Die Zulassung und laufende Beaufsichtigung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten nach dem Kreditwesengesetz	578
1. Überblick	578
2. Zulassung und laufende Beaufsichtigung kommerzieller Präsenzen	578
a) Tochterunternehmen als Kredit- bzw Finanzdienstleistungsinstitut	578
b) Zweigstelle als Kredit- bzw Finanzdienstleistungsinstitut	583
c) Repräsentanzen von Instituten mit Sitz im Ausland	586
2. Zulassung und laufende Beaufsichtigung bei grenzüberschreitenden Geschäften	589
3. Argumente für eine umfassende Aufsicht	592
III. Einlagensicherung und Anlegerentschädigung	593
IV. Investmentrecht	594
1. Überblick	594
2. Anknüpfung	595
a) Investmentvermögen	595
b) Kapitalanlagegesellschaften	595
c) Vertrieb von ausländischen Investmentanteilen	596
d) Investmentfonds aus Drittstaaten	596
V. Der Vertrieb von Wertpapieren und Beteiligungen	597
1. Der Vertrieb von Wertpapieren über die Börse	597
a) Anknüpfung	597
b) Zulassung zu einem regulierten Markt	597
c) Einbeziehung von in Drittstaaten bereits zugelassenen Wertpapieren	599
d) Freiverkehr	599
e) Extraterritoriale Wirkung der Börsenzulassung	600
2. Der Vertrieb von Wertpapieren außerhalb der Börse	600
a) Anknüpfung	600
b) Die Voraussetzungen der Prospektpflicht im Einzelnen	601
c) Form und Inhalt des Prospekts, Prospektprüfung und -haftung	601
3. Vertrieb von Beteiligungen	602
a) Anknüpfung	602
b) Prospektpflicht	602
VI. Publizitätspflichten und Transparenzerfordernisse	602
1. Publizität zu Beginn des Börsenhandels bzw öffentlichen Vertriebs	603
2. Laufende Publizitätspflichten	603
3. Anlassbezogene Publizitätspflichten	603
4. Bündelung der Informationen	604
5. Erfassung von Emittenten aus Drittstaaten	605
a) Herkunftslandprinzip	605
b) Inlandsemittenten	606
c) Bewertung	606

6. Berücksichtigung ausländischen Rechts . . . . .	606
VII. Verhaltenspflichten . . . . .	607
1. Die Pflichten im Einzelnen . . . . .	607
a) Interessenwahrungspflicht . . . . .	607
b) Erkundigungs- und Informationspflicht . . . . .	607
c) Pflicht zur Erbringung der Wertpapierdienstleistung mit Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis . . . . .	608
d) Organisations- und Aufzeichnungspflichten . . . . .	608
e) Ziel der Pflichten . . . . .	609
2. Anknüpfung . . . . .	609
VIII. Straftaten im Zusammenhang mit Wertpapiertransaktionen . . . . .	610
1. Insiderrecht . . . . .	610
a) Überblick . . . . .	610
b) Anknüpfung . . . . .	610
2. Marktmanipulation . . . . .	613
a) Überblick . . . . .	613
b) Anknüpfung . . . . .	613
IX. Übernahmerecht . . . . .	614
1. Überblick . . . . .	614
2. Anknüpfung . . . . .	615
3. Normenkollision bei Drittstaatenbietern . . . . .	618
D. Das internationale Privatrecht der Bank- und Finanzdienstleistungen . . . . .	618
I. Überblick . . . . .	618
II. Kontobeziehung . . . . .	618
III. Die Ausführung von Wertpapiergeschäften durch Institute . . . . .	619
1. Börsennengeschäfte . . . . .	619
2. Börsenaußengeschäfte . . . . .	619
3. Depotgeschäft . . . . .	620
IV. Investmentrecht . . . . .	620
V. Haftung für fehlerhafte Kapitalmarktinformationen . . . . .	621
1. Prospekthaftung . . . . .	621
a) Überblick . . . . .	621
b) Rechtsnatur der Haftung . . . . .	621
c) Marktstatut . . . . .	622
d) Allseitige Kollisionsnorm . . . . .	622
e) Deliktsstatut . . . . .	623
2. Haftung für fehlerhafte Ad-hoc-Mitteilungen . . . . .	623
3. Haftung für fehlerhafte Mitteilungen nach § 10 WpÜG . . . . .	624
E. Prozessuale Besonderheiten . . . . .	624
I. Ausschluss des Gerichtsstands der Niederlassung . . . . .	624
II. Zulässigkeit von Schiedsabreden mit Zweigstellen ausländischer Institute . . . . .	625
III. Die Ausnahme des § 53 Abs 4 KWG . . . . .	625
IV. Schiedsabreden bei Wertpapierdienstleistungen . . . . .	626

## § 14

### Das Recht internationaler Warentransaktionen

A. Einleitung . . . . .	631
I. Rechtsfragen und Akteure bei internationalen Warentransaktionen . . . . .	631

II. (Kollisionsrechtliche) Anwendbarkeit von CISG bzw. nationalem Recht . . .	632
1. Vorrangige Anwendung des CISG . . . . .	632
2. Subsidiäre Anwendung nationalen Rechts . . . . .	633
III. Parteiautonomie und Privatautonomie . . . . .	634
1. Abwahl des CISG; Freiheit der Rechtswahl . . . . .	634
2. Privatautonomie . . . . .	634
IV. Gepflogenheiten der Parteien und Handelsbräuche . . . . .	636
V. Zusammenfassung . . . . .	636
B. Das auf den Kaufvertrag anwendbare Recht im Einzelnen . . . . .	637
I. UN-Kaufrecht (CISG) . . . . .	637
1. Vorgeschichte . . . . .	637
2. Anwendungsvoraussetzungen . . . . .	638
a) Erfasste Verträge . . . . .	638
b) „Internationale“ Kaufverträge, Art 1 CISG . . . . .	641
c) Abwahl des CISG (opting out) . . . . .	643
3. Vom CISG erfasste Regelungsfragen . . . . .	644
4. Überblick über den Inhalt des CISG . . . . .	644
5. Praktisch bedeutsame Einzelfragen . . . . .	646
a) Äußerer Vertragsschluss . . . . .	646
b) Rechte und Pflichten der Parteien . . . . .	653
c) Recht der Leistungsstörungen . . . . .	659
II. Anwendung nationalen Rechts . . . . .	667
1. Verbleibender Anwendungsbereich des nationalen Rechts . . . . .	667
a) Grundsatz: Verdrängung im Anwendungsbereich des CISG . . . . .	667
b) Weitergehende Verdrängung zur Vermeidung von Wertungswidersprüchen . . . . .	668
c) Anwendung bei „internen Lücken“ (Art 7 Abs 2 CISG) . . . . .	669
2. Ermittlung des maßgeblichen nationalen Rechts . . . . .	670
C. Vereinbarungen im Vertrag . . . . .	671
I. Individual- und Standardvereinbarungen . . . . .	671
II. International gebräuchliche Kurzformeln und Klauselgruppen . . . . .	672
1. Überblick . . . . .	672
2. INCOTERMS . . . . .	672
3. UNIDROIT-Prinzipien, Principles of European Contract Law . . . . .	673
D. Gepflogenheiten und Handelsbräuche . . . . .	674
E. Zukunftsperspektiven . . . . .	676
I. Zunehmende Bedeutung des CISG . . . . .	676
II. Gesetzgebung auf europäischer Ebene . . . . .	677

## § 15

### Außenwirtschaftsrecht

A. Einleitung . . . . .	681
I. Begrifflichkeit . . . . .	681
II. Funktionen des Außenwirtschaftsrechts im Mehrebenensystem der innerstaatlichen, europäischen und internationalen Rechtsordnung . . . . .	682
III. Rechtsquellen des Außenwirtschaftsrechts . . . . .	683
IV. Konsequenzen für den systematischen Zugang und die Darstellung des Außenwirtschaftsrechts . . . . .	687

B. EU/EG-rechtliche, völkerrechtliche und innerstaatliche Grundlagen des Außenwirtschaftsrechts	688
I. Unions- und gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	688
1. Binnenmarkt und gemeinsame Handelspolitik	688
2. Materiellrechtliche Grundlagen nach Art 133 EG	689
a) Sachlicher Anwendungsbereich	690
b) Konkrete Maßnahmen und Instrumente der gemeinsamen Handelspolitik	692
3. Das Rechtssetzungs- und Vertragsschlussverfahren in der gemeinsamen Handelspolitik	694
a) Autonome Handelspolitik	694
b) Vertragliche Handelspolitik	694
4. Ungeschriebene Kompetenzgrundlagen im Bereich der völkervertraglichen Gestaltung des Außenwirtschaftsrechts und gemischte Abkommen	696
II. Völkerrechtliche Determinanten des Außenwirtschaftsrechts	697
1. Grundlagen	697
2. Sonderregelungen für das WTO-Recht nach der Rechtsprechung des EuGH	699
III. Die Außenwirtschaftsfreiheit im Gemeinschaftsrecht und im innerstaatlichen Recht	701
1. Grundlagen	701
2. Die Ausgestaltung der Außenwirtschaftsfreiheit im EG- und im innerstaatlichen Außenwirtschaftsrecht	703
IV. Strukturen des Verwaltungsvollzuges im Außenwirtschaftsrecht	704
C. Die vertragliche Handelspolitik im Überblick	706
I. Bilaterale Handelsbeziehungen	706
II. Multilaterale Handelsbeziehungen	708
D. Die wesentlichen Bereiche der autonomen Handelspolitik	710
I. Ausfuhrrecht	710
1. Allgemeine Ausfuhrverordnung (VO 2603/69)	710
a) Anwendungsbereich	710
b) Gewährleistungsumfang und verbotene Beschränkungen	711
c) Nach der AusfuhrVO zulässige Ausfuhrbeschränkungen	712
d) Unanwendbarkeit und verbleibende Bedeutung von Ausfuhrregelungen nach dem deutschen AWG	714
2. Exportkontrolle bei Kriegswaffen und Produkten mit doppeltem Verwendungszweck	715
a) Die maßgeblichen internationalen, europäischen und innerstaatlichen Steuerungsinstrumentarien im Überblick und im systematischen Zusammenhang	715
b) Dual-use-Verordnung (VO 1334/2000)	717
c) Kriegswaffenkontrollrecht	719
3. Ausfuhrregelungen für Kulturgüter	721
II. Einfuhrrecht	722
1. Einführung	722
2. Verordnung Nr 3285/94 über die gemeinsame Einfuhrregelung	723
a) Anwendungsbereich, Inhalt und allgemeine Einschränkungen der Einfuhrfreiheit	723
b) Schutzmaßnahmen	724

3. Antidumping- und Antisubventionsrecht . . . . .	725
4. Zollrecht . . . . .	729
III. Wirtschaftssanktionen . . . . .	731
1. Wirtschaftssanktionen gegenüber Staaten . . . . .	731
2. Terrorismusbekämpfung . . . . .	733
E. Individuelle Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz im Außenwirtschaftsrecht . .	734
I. Individuelle Rechtsdurchsetzung auf der Grundlage der Handelshemmnis-	
Verordnung . . . . .	735
1. Ratio und historische Entwicklung . . . . .	735
2. Regelungsinhalt . . . . .	736
3. Ausblick . . . . .	739
II. Individualrechtsschutz durch die Judikative . . . . .	739
1. Zulässigkeit von Klagen nach Art 230 Abs 4 EG . . . . .	740
2. Gerichtliche Kontrollrechte . . . . .	742
3. Rechtsschutz vor Gerichten der Mitgliedstaaten . . . . .	742

## § 16

### Die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit und andere Formen der Streitbeilegung im Internationalen Wirtschaftsrecht

A. Einleitung . . . . .	745
B. Staatlicher Zivilprozess . . . . .	746
C. Internationale Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	749
I. Vorteile der Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	749
II. Rechtsquellen der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	750
III. Schiedsfähigkeit . . . . .	752
IV. Begriff der Handelsschiedsgerichtsbarkeit . . . . .	752
V. Schiedsvereinbarung . . . . .	753
VI. Schiedsgericht . . . . .	754
VII. Die Zuständigkeit von Schiedsgerichten . . . . .	754
VIII. Schiedsverfahren . . . . .	755
IX. Anzuwendendes Recht . . . . .	755
X. Schiedsspruch . . . . .	756
XI. Kosten . . . . .	757
XII. Aufhebung, Anerkennung und Vollstreckung . . . . .	757
D. Institutionalisierte (administrierte) Schiedsgerichtsbarkeit . . . . .	759
E. Andere alternative Formen der Streitbeilegung . . . . .	761

## § 17

### WTO-Streitbeilegung

A. Einleitende Bemerkungen . . . . .	764
B. Allgemeine Grundzüge des WTO-Streitbeilegungsverfahrens . . . . .	766
I. Grundgedanken der WTO-Streitbeilegung . . . . .	766
II. Rechtsquellen und Zuständigkeit . . . . .	767
III. Organe . . . . .	768
IV. Allgemeine Bestimmungen . . . . .	768
1. Zweck und Aufgabe des DSU-Systems . . . . .	768
2. Verfahrensbeteiligte . . . . .	769

3. Klagetypen . . . . .	770
4. Mittel der Rechtsdurchsetzung . . . . .	771
5. Methoden der Streitbeilegung . . . . .	772
6. Auslegungsregeln . . . . .	772
7. Beweiswürdigung, Beweisaufnahme, Beweislast . . . . .	773
8. Fristen . . . . .	774
9. Panel-Schlussbericht . . . . .	774
C. Abschnitte des DSU-Verfahrens . . . . .	776
I. Konsultationen . . . . .	776
II. Das Panelverfahren . . . . .	778
1. Einsetzung und Mandat . . . . .	778
2. Zusammensetzung . . . . .	779
3. Funktion . . . . .	780
4. Verfahrensablauf . . . . .	781
a) Zeitplan . . . . .	781
b) Parteivorbringen . . . . .	781
c) Auskunftsrecht . . . . .	783
d) Amicus curiae-Schriftsätze . . . . .	783
e) Rechtsbeistand . . . . .	783
f) Zwischenprüfung . . . . .	784
g) Annahme des Panel-Berichts durch den DSB . . . . .	785
III. Das Berufungsverfahren . . . . .	785
1. Berufungsorgan (Appellate Body) . . . . .	785
a) Gründung, Rechtsquellen, Zusammensetzung . . . . .	785
b) Organisationsstruktur, Entscheidungsfindung, Mandat . . . . .	786
2. Allgemeine Bestimmungen . . . . .	787
a) Vertraulichkeit . . . . .	787
b) Amicus curiae-Schriftsätze . . . . .	787
3. Verfahrensablauf . . . . .	788
a) Zeitplan . . . . .	788
b) Parteivorbringen . . . . .	789
c) Mündliche Verhandlungen . . . . .	789
d) Rechtsbeistand . . . . .	789
e) Beratungen, Beschlussfassung, Annahme des Appellate Body-Berichts . . . . .	789
4. Implementierung, Überwachung, Durchsetzung . . . . .	790
a) Unverzügliche Erfüllung . . . . .	790
b) Bestimmung eines angemessenen Zeitraums . . . . .	790
5. Streitbeilegung in der Implementierungsphase . . . . .	793
a) Überwachung der Implementierung . . . . .	793
b) Verfahren nach Artikel 21 Absatz 5 DSU („compliance“-Panel) . . . . .	793
6. Ausgleich und Aussetzung von Zugeständnissen . . . . .	795
a) Ausgleich . . . . .	795
b) Aussetzung von Zugeständnissen und anderen Verpflichtungen . . . . .	796
D. Abschließende Bemerkungen . . . . .	799

## § 18

### Die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

A. Einleitung . . . . .	801
-------------------------	-----

## Inhaltsverzeichnis

B. Der innerstaatliche Rechtsweg im Gaststaat . . . . .	802
C. Andere nationale Gerichte . . . . .	802
D. Diplomatischer Schutz durch den Heimatstaat des Investors . . . . .	803
E. Zwischenstaatliche Streitbeilegung . . . . .	804
F. Investitionsschiedsgerichtsbarkeit zwischen Investoren und Staaten . . . . .	805
G. Iran-US Claims Tribunal . . . . .	808
H. Investitionsstreitbeilegung nach der ICSID-Konvention . . . . .	809
I. Energiechartavertrag . . . . .	813
J. Investitionsstreitbeilegung gemäß NAFTA . . . . .	813
K. Rezente Probleme in der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit . . . . .	814
I. Fork in the Road-Klauseln und die Unterscheidung von „treaty claims“ und „contract claims“ . . . . .	814
II. Parallelverfahren und widersprüchliche Schiedssprüche . . . . .	814
III. Transparenz und Vertraulichkeit von Schiedsverfahren . . . . .	815
IV. Die Relevanz von Meistbegünstigungsklauseln für Investitionsschiedsverfahren . . . . .	816
Personen- und Sachregister . . . . .	819